



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 21.07.2016

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 28.04.2016, 16:00 Uhr bis 20:01 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	stellvertretend für Herrn Walter
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	stellvertretend für Herrn Ott
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Mathias Wittmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	von 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr stellvertretend für Herrn Hübner von 18:30 Uhr bis 20:01 Uhr stellvertretend für Frau Akbayir
------------------------	-----------	--

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD	
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK	
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Barbara Albat	SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Herr Matthias Pergande	FDP	

Herr Helmut Jung	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Schallehn	GRÜNE

Verwaltung

Frau Gabriele C. Klug (Vertr. Dez V)	Dezernat II - Finanzen
Herr Guido Kahlen	Dezernat I - Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht
Frau Bettina Baum	Referentin - Dezernat V- Soziales, Integration und Umwelt
Frau Christina Brammen-Petry	stellvertretende Amtsleiterin Umwelt- und Verbraucherschutzamt,
Herr Johannes Feyrer	Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz (zu TOP 7.12)
Frau Ina-Beate Fohlmeister	Amt für Stadtentwicklung und Statistik (zu TOP 4.7, 4.7.1, 12.1)
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Michael Nawroth	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (zu TOP 7.4)
Herr Konrad Peschen	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Dirk Schmaul	Amt für öffentliche Ordnung (zu TOP 1.4 und 1.4.1)
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Ott	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov

Beratende Mitglieder

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Marco Pagano	SPD
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Frau Jennifer Mense	GRÜNE
Herr Fabian Hübner	auf Vorschlag der Fraktion DieLinke
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie macht auf die Zusetzungen zur Tagesordnung sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen zu TOP 1.5 und TOP 1.6 werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Der Beschlussvorlage zu TOP 4.2 (Politische Zusetzungen für den Fachbereich Umwelt und Grün) sei bereits in der Sitzung am 23.02.2016 einstimmig zugestimmt worden. Da jedoch die BV Ehrenfeld dazu schon am 01.02.2016 eine Anregung gefasst habe, die am 23.02. dem Ausschuss nicht vorlag, wurde die Beschlussvorlage noch mal mit allen Anlagen zur heutigen Sitzung zugestellt. Die Anregung der BV Ehrenfeld finde sich unter Anlage 5.

Zu TOP 4.7 und 4.7.1 werden Frau Fohlmeister und Frau Martschink einen kurzen Vortrag im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil halten. Die Anlage 3 dieser Vorlage werde unter TOP 12.1 im nichtöffentlichen Teil behandelt.

SB Herr Dr. Albach bittet, den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke, unter TOP 2.4 (Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung) in die Sitzung am 15.09.2016 zurückzustellen, um einen Konsens innerhalb aller Fraktionen zu diesem Thema herzustellen.

Nach kurzer Diskussion und der Auskunft von Herrn Kaune, dass das Gutachten in der Sitzung am 15.09.2016 eingebracht werde und ein heutiger Beschluss eine Änderung der Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung erforderlich mache, herrscht im Ausschuss allgemeiner Konsens, den Antrag unter TOP 2.4 in die Sitzung am 15.09.2016 zurückzustellen.

RM Herr Götz macht zu TOP 4.3 und 4.5 Beratungsbedarf der CDU-Fraktion geltend und beantragt die Zurückstellung der Beschlussvorlagen und Änderungsanträge in die Sitzung am 07.06.2016.

Herr Kaune bittet, die Messeveranstaltung „Tag des Gartens“ im Rheinpark durchführen zu dürfen. Hierüber und über die Zurückstellung von TOP 4.3, 4.3.1, 4.5 und 4.5.1 herrscht im Ausschuss Einmütigkeit.

Herr Kaune erläutert, dass TOP 4.11 (Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe) in der Vorberatung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) zurückgestellt wurde. Daher ziehe die Verwaltung die Vorlage zurück, bis der AVR eine Beschlussempfehlung abgegeben habe.

Die vorgebrachten Vorschläge und Bitten finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung.

Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Ein Feinstaubfilter für den öffentlichen Stadtraum in Köln?
Anfrage der Gruppe Piraten vom 17.02.2016
AN/0307/2016

1.1.1 Ein Feinstaubfilter für den öffentlichen Straßenraum in Köln
Beantwortung der Anfrage
0821/2016

1.2 Gehölzpflegearbeiten in Köln
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 01.03.2016
AN/0443/2016

1.2.1 Gehölzpflegearbeiten an Straßen und auf öffentlichen Flächen im Stadtgebiet
Köln
Beantwortung der Anfrage
1019/2016

1.3 Zusammenführen der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.11.2015
AN/1758/2015

1.3.1 Zusammenführen der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
Beantwortung der Anfrage
3935/2015

1.4 Lärmschutz
Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.02.2016
AN/0289/2016

1.4.1 Erteilung von immissionsrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zur Verwen-
dung von Beschallungsanlagen im Rahmen von Veranstaltungen
Beantwortung der Anfrage Lärmschutz
0606/2016

- 1.5 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.04.2016
AN/0725/2016
- 1.6 Verwendung von energiesparenden Lampen und Leuchten bei der öffentlichen Beleuchtung
Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.04.2016
AN/0734/2016

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 2.1 Ersatzneubau des Schaugewächshauses - Einführung eines regelmäßigen Statusberichts
Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2016
AN/0712/2016
- 2.2 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016
AN/0670/2016
- 2.3 Erhalt der Raderberger Brache und die Bekämpfung des Japanischen Staudenknöterich
Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016
AN/0674/2016
- 2.4 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke vom 18.04.2016
AN/0751/2016
zurückgestellt in die Sitzung am 15.09.2016.

3 Kommunaler Klimaschutz

- 3.1 Zwischenmitteilung zum Beschluss des Verkehrsausschusses zur Förderung der Elektromobilität
1100/2016
- 3.2 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil
1148/2016
- 3.3 Jahresbericht 2015 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1200/2016

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Pflege- und Entwicklungsplan (Überarbeitung)
N1 (Rheinaue Langel - Merkenich)
N4 (Rheinaue Worringen - Langel)
0712/2015
- 4.1.1 Pflege- und Entwicklungsplan N1N4
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Schallehn vom 24.11.2015
0293/2016
- 4.2 Politische Zusetzungen für den Fachbereich Umwelt und Grün
hier: Mittelfreigaben
3876/2015
- 4.3 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
0294/2016
Zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.
- 4.3.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0828/2016
Zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.
- 4.4 Regionale 2010 - RegioGrün / Frechener Bach
1048/2015
- 4.5 Konzept Essbare Stadt Köln
0514/2016
Zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.
- 4.5.1 Konzept Essbare Stadt Köln
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0827/2016
Zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.
- 4.6 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle
0019/2016
- 4.6.1 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle 0019/2016
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0825/2016
- 4.7 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015
- 4.7.1 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016

- 4.8 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgrabfeld auf Flur 50 des Kölner Südfriedhofs
0756/2016
- 4.9 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsfeld auf dem Friedhof Wahn
0785/2016
- 4.10 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm der Bezirke 2015; hier: Mittelfreigabe für den Bezirk Mülheim
0934/2016
- 4.11 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe
0894/2016
Von der Verwaltung zurückgezogen
- 4.12 Gestaltungsplanung für die Erweiterung des Kooperationsgrabfeldes auf dem Friedhof Mülheim
0866/2016
- 4.13 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweiler Straße in Köln Ossendorf
Hier: Bauleistungen zur Herstellung der Oberflächenabdichtung
0270/2016
- 4.14 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
0553/2016
- 4.15 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
0959/2016
- 5 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 7 Mitteilungen**
- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.2 Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch
Ausgleichsflächen östlich der A3
0300/2016
- 7.3 Analytik Kölner Weiher 2015
0462/2016

- 7.4 Energiebericht 2015
0616/2016
- 7.5 Information der Bezirksvertretungen über die Fällung städtischer Bäume im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0112/2016
- 7.6 25 Jahre Landschaftsplan Köln
0926/2016
- 7.7 Energieberatung für die Museen
0618/2016
- 7.8 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See: Informationen zur Veranstaltungssaison 2016
1140/2016
- 7.9 ÖKOPROFIT Köln III: Ergebnisse der dritten Programmrunde und Auszeichnung
1255/2016
- 7.10 Externe Auditierung im Bereich der Lebensmittelüberwachung und Veterinär-dienste
1284/2016
- 7.11 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 31.03.2016
1281/2016
- 7.12 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs, hier: Sachstand und weiteres Vorgehen
1354/2016
- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 8.1 Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen, Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust
0818/2016
- 8.2 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei einem „nuklearen Katastrophenfall“ (INES-Stufe 7); Anfrage der Fraktion die Linke vom 01.10.2015, Beantwortung der Nachfrage von RM Frau Akbayir
0811/2016
- 8.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Frau Stahlhofen in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 23.02.2016 zur Anfrage "Vereinbarkeit von Naturschutz und Teilhabe der Bevölkerung in der Flittarder Rheinaue"
1149/2016

8.4 Ergänzungen zur Stellungnahme der Verwaltung zu 4078/2015
Mündliche Nachfrage von Herrn Becker zu "Klimaschutz durch effiziente
Energieberatung in Köln"
1295/2016

8.5 Erdkröten am Kalscheurer Weiher / Zollstocker Weg
1313/2016

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

12.1 Umsetzung STEK Wohnen;
hier: neue Flächen für den Wohnungsbau
Anlage 3 von Vorlage 1028/2015 (s. TOP 4.7)

12.2 Rahmenvertrag 2016 / 2017 zur Gefahrenbeseitigung an öffentlichen Bäu-
men
2149/2015

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

**1.1 Ein Feinstaubfilter für den öffentlichen Stadtraum in Köln?
Anfrage der Gruppe Piraten vom 17.02.2016
AN/0307/2016**

**1.1.1 Ein Feinstaubfilter für den öffentlichen Straßenraum in Köln
Beantwortung der Anfrage
0821/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.2 Gehölzpflegearbeiten in Köln
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2016
AN/0443/2016**

**1.2.1 Gehölzpflegearbeiten an Straßen und auf öffentlichen Flächen im Stadtgebiet Köln
Beantwortung der Anfrage
1019/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Zusammenführen der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.11.2015
AN/1758/2015**

**1.3.1 Zusammenführen der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
Beantwortung der Anfrage
3935/2015**

RM Herr Götz fragt zur Beantwortung unter Punkt 4 nach, ob es mehrere Dienststellen gebe, die sich mit dem Thema „Umweltprüfung“ beschäftigten und welche konkreten Arbeiten in den Organisationseinheiten 574/2 bzw. 611/3 vorgenommen werden. In dem Zusammenhang möchte er wissen, was aus Sicht der Verwaltung für Erkenntnisse vorliegen müssten, damit eine Geschäftsprozessoptimierung erfolgen könne oder notwendig sein könne.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Beantwortung der Fragen 1 bis 3 nimmt der Ausschuss Umwelt und Grün zur Kenntnis.

1.4 Lärmschutz
Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.02.2016
AN/0289/2016

1.4.1 Erteilung von immissionsrechtlichen Ausnahmegenehmigungen zur Verwendung von Beschallungsanlagen im Rahmen von Veranstaltungen
Beantwortung der Anfrage Lärmschutz
0606/2016

SB Herr Dr. Albach fragt nach, wie viel gutachterliche Untersuchungen im Laufe eines Jahres im Vorfeld einer Veranstaltung als Voraussetzung für eine Genehmigung durchgeführt werden.

Herr Schmaul informiert darüber, dass die Zahlen nicht statistisch erfasst würden und es daher eines längeren Aktenstudiums bedürfe, um alle Fälle aufzulisten.

Herr Schmaul versichert, dass die Ordnungsverwaltung diese Untersuchungen mit Augenmaß fordere, wo es notwendig sei. Ob dies der Fall sei, hänge von mehreren Faktoren ab. Zum einen sei dies eine bestehende Beschwerdelage, zum anderen aber auch der Ort, also die Lage zur nächsten Wohnbebauung und der Gebietscharakter sowie Zeitpunkt und Inhalt des Programms.

Einzelne dieser Punkte oder deren Zusammenfallen können zu einer berechtigten Einschätzung von möglichen Konfliktlagen führen. Mit der Untersuchung komme man einerseits der Pflicht nach, die Nachtruhe der Anwohnerinnen und Anwohner zu schützen. Andererseits kreierte die Verwaltung aber auch einen Abwehranspruch für den Veranstalter gegenüber potentiellen Beschwerden oder Klagen, wenn dieser die Vorgaben der Genehmigung einhalte.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Schmaul zur Kenntnis.

1.5 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.04.2016
AN/0725/2016

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

1.6 Verwendung von energiesparenden Lampen und Leuchten bei der öffentlichen Beleuchtung
Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.04.2016
AN/0734/2016

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Ersatzneubau des Schaugewächshauses - Einführung eines regelmäßigen Statusberichts Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2016 AN/0712/2016

SB Herr Becker begründet den Antrag. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass eine regelmäßige Berichterstattung, wie z. B. beim Rheinboulevard, wichtig sei, um innerhalb der Politik gut informiert zu sein. Außerdem bitte man um Vorlage eines Organigramms, in dem die Verantwortlichkeiten klar geregelt seien.

Da im Laufe des letzten Jahres der Eindruck entstanden sei, dass die Planungen für das neue Gewächshaus und die Orangerie noch nicht so weit fortgeschritten seien, bitte die SPD-Fraktion in absehbarer Zeit um einen ersten Bericht zum aktuellen Planungsstand.

RM Herr Brust zeigt sich namens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit dem Antrag einverstanden, wenn die Verwaltung nicht unnötig belastet werde, sondern eine Berichterstattung dann erfolge, wenn es etwas Neues zu berichten gebe.

RM Frau Welcker stimmt ihrem Vorredner zu. Auf ihre an SB Herrn Becker gerichtete Bitte um Konkretisierung erläutert dieser, dass es der SPD-Fraktion darum gehe, ähnlich wie beim Rheinboulevard in 3- oder 6-Monatsabständen kurz über den bau- und kostenmäßigen Fortgang des Projektes informiert zu werden.

Stadtkämmerin Frau Klug bemerkt, dass in Zeiten dezentraler Bauherrenschaft die Benennung klarer Verantwortungsstrukturen nachvollziehbar sei. Sie sagt zu, unabhängig von der formalen Berichterstattung über den weiteren Fortgang ein Schema zu den Verantwortungsstrukturen anfertigen zu lassen.

Herr Kaune schlägt vor, in der ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen mit der Gebäudewirtschaft im Ausschuss Umwelt und Grün und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft vorzutragen. Zu dieser Sitzung könne die Verwaltung hinsichtlich der Zeitpläne und Kosten konkret informieren

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende lässt, nach Rücksprache mit dem Vertreter der Antrag stellenden Fraktion, SB Herrn Becker, über den geänderten Beschlusstext, wie von Herrn Kaune vorgeschlagen, abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Einführung eines regelmäßigen Statusberichts über die Planungen und den Ersatzneubau des Schaugewächshauses inklusive der Orangerie im Botanischen Garten im Ausschuss Umwelt/Grün.

Der Bericht soll erstmalig zur übernächsten Ausschusssitzung (1. Sitzung nach den Sommerferien = 15.09.2016) und anschließend quartalsweise oder halbjährlich – auch dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft – vorgelegt werden.

Der Bericht soll den aktuellen Sachstand des Projektes mit Angaben zum Zeit- und Kostenrahmen enthalten. Planungsänderungen, die kosten- und zeitrelevant sind, sollen ausdrücklich benannt und begründet werden.

Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung, dem Bericht Informationen bezüglich der Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Bauherrenfunktion/Auftraggeber / Projektleitung / Planer) beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016
AN/0670/2016

RM Frau Akbayir begründet den Antrag, der ein schonendes Mähverfahren betreffe und damit verbunden größere Artenvielfalt ermögliche. Sie verweist auf die Quellen, die auf der Rückseite des Antrags angegeben sind und bittet alle Fraktionen um Zustimmung.

RM Herr Brust stimmt zu, es sei grundsätzlich richtig, die Artenvielfalt zu fördern, indem man den Nährstoffeintrag in Böden verringere. Er wendet ein, dass es sich bei den hiesigen Böden jedoch um sehr nährstoffreiche Böden handle. Zudem fielen für den Abtransport des Mahdgutes immense Kosten in Höhe von jährlich etwa 2,5 Mio. Euro an, was in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen stehe. Daher werde die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den 1. und 2. Absatz des Antrags ablehnen. Dem 3. Absatz könne man zustimmen und bitte um getrennte Abstimmung.

SB Herr Becker bittet die Verwaltung um aktuelle Stellungnahme. Laut Beantwortung (s. *Dokument 0148/2015*) der damaligen Anfrage, sei eine Aufnahme und Abtransport des Mahdgutes nicht sinnvoll.

Frau Brammen-Petry signalisiert, dass der Antrag aus Sicht des Umweltamtes befürwortet werde.

Herr Kaune unterstreicht, dass dies eine Frage der Ressourcen, sowohl personeller als auch finanzieller Art, sei. Das Fahrzeug- und Maschinenkonzept müsse entsprechend verändert werden. Hinzu komme ein höherer Arbeitsaufwand und damit verbunden zusätzliches Personal.

RM Frau Welcker greift den Einwand von Herrn Brust hinsichtlich der nährstoffreichen Böden auf und fragt, ob es sinnvoll sei, mit einem erheblichen Mehraufwand das Mahdgut zu entfernen und abzutransportieren und dann doch keine Verringerung der Nährstoffhaltigkeit der Böden zu erreichen. Den 3. Absatz des Antrags könne die CDU-Fraktion mittragen. Die anderen beiden Absätze jedoch nicht.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt eine schriftliche Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker stimmt sich mit der Vertreterin der Antrag stellenden Fraktion, Frau Akbayir, kurz ab, ob diese mit einer Zurückstellung des Antrags in die nächste Sitzung einverstanden sei und verkündet anschließend folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Antrag wird **zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016**. Die Verwaltung wird gebeten, schriftlich zum Antrag Stellung zu nehmen, auch inwieweit der Nährstoffgehalt des Bodens verringert werden kann.

2.3 Erhalt der Raderberger Brache und die Bekämpfung des Japanischen Staudenknöterichs **Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016** **AN/0674/2016**

RM Frau Akbayir begründet den Antrag. Regelmäßiges Mähen dieser Pflanze könne dazu führen, dass diese nicht so stark wuchert.

RM Frau Welcker lehnt für die CDU-Fraktion den Antrag ab. Ein achtmaliges Mähen im Jahr befürworte man nicht, auch aus Gründen des Vogelschutzes, zumal die Brombeerhecken in Mitleidenschaft gezogen würden.

RM Herr Brust stimmt seiner Vorrednerin zu. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe mit verschiedenen Naturschutzverbänden gesprochen. Gerade der Brombeerbestand biete für verschiedene Tierarten Schutz und sollte deswegen nicht entfernt werden. Außerdem werde man durch Mähen dem Staudenknöterich nicht Herr, so dass man den Antrag ablehnen werde.

SB Herr Becker erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese den Antrag ebenfalls ablehne.

SB Herr Dr. Albach kündigt namens der FDP-Fraktion an, sich bezüglich des ersten Satzes zu enthalten. Der zweite Satz erscheine ihm jedoch sinnvoll. Die Raderberger Brache sei Teil des Grünzuges Süd oder grenzt zumindest an den Bereich, wo die Entwicklung Südliche Innenstadt geplant sei. Daher befürworte er eine Bestandsaufnahme der Fauna und Flora und beantrage getrennte Abstimmung der beiden Sätze.

- Zunächst stellt die stellvertretende Ausschussvorsitzende den ersten Satz des Antrags zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung möge dafür Sorge tragen, dass der im Bereich der Raderberger Brache auftretende Staudenknöterich mindestens acht Mal im Jahr gemäht, die Mahd abgeräumt und fachgerecht entsorgt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt sie über den zweiten Satz des Antrags abstimmen:

Beschluss:

Darüber hinaus soll noch in diesem Jahr eine umfassende Bestandsaufnahme der Fauna und Flora der Raderberger Brache durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion DieLinke und die FDP-Fraktion.

Damit ist der Antrag der Fraktion DieLinke insgesamt abgelehnt.

2.4 Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung **Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke vom 18.04.2016** **AN/0751/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sitzung am 15.09.2016.

3 Kommunalen Klimaschutz

3.1 Zwischenmitteilung zum Beschluss des Verkehrsausschusses zur Förderung der Elektromobilität 1100/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil 1148/2016

SE Herr Dr. Ermert ruft die Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün auf, sich an der Aktion zu beteiligen. Er habe bereits den Ausschuss angemeldet.

RM Frau Stahlhofen begrüßt die Aktion ebenfalls und bittet die Verwaltung, bei der Werbung für diese Aktion künftig darauf zu achten, dass die Radler Fahrradhelme tragen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3 Jahresbericht 2015 der Koordinationsstelle Klimaschutz 1200/2016

SB Herr Becker dankt der Verwaltung für den Bericht, der einen guten Überblick über den Sachstand bietet. Er bitte namens der SPD-Fraktion, ihn in Zukunft etwas kürzer zu fassen und Ziele, die messbar und konkreter sind, darzustellen.

RM Frau Stahlhofen merkt an, dass das ämterübergreifende Thema Klimaschutz und die Vorlage zu TOP 4.7 und 4.7.1 für sie zusammenhängen. Sie bitte, ähnlich wie bei einer Bauplanung, die verschiedenen Folien, z. B. zur Entwicklung von Flächen oder auch zur Bevölkerungsentwicklung mit der Folie zum Klimaschutz übereinander zu legen.

So sei es möglich, die unterschiedlichen Interessen visuell zusammengefasst darzustellen, diese als Kommune zu steuern und für sie selbst, eine Entscheidung zu treffen.

Stadtkämmerin Frau Klug bekräftigt, es werde notwendig sein, das Thema Klimaschutz als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung, bezogen auf die jeweilige Aufgabe, weiter zu implementieren. Der Bericht zeige, dass dieser Aufschlag bereits in Köln verankert sei.

Frau Dr. Möhlendick betont, es sei ihr ein Anliegen, den Klimaschutzgedanken als Querschnittsaufgabe in die gesamte Verwaltung, aber auch in die Bevölkerung und in die Politik hineinzutragen. Hierfür sei der Bericht die Grundlage.

Eine Klimawende könne nicht ohne eine Verkehrswende herbeigeführt werden. Genauso sei dies beim Thema Wohnen, bei der Gebäudewirtschaft oder den Museen. Die Koordinationsstelle Klimaschutz sei mit allen Ämtern, die Teilstrategien zum Klimaschutz entwickeln, im Gespräch, auch, um stärker messbare Ergebnisse zu erzielen und konkrete Ziele zu erreichen.

SB Herr Dr. Albach äußert sich lobend über die vielfältigen und umfangreichen Aktivitäten zum Klimaschutz und plädiert dafür, den Jahresbericht nicht enger zu gestalten, sondern eher noch mehr Initiativen in den Bericht aufzunehmen.

Er stimme mit Herrn Becker überein, messbare Ziele noch deutlicher darzustellen und fragt nach dem aktuellen Stand der CO₂-Einsparung.

Herr Dr. Albach weist auf eine gute Veranstaltung der IHK zum nachhaltigen Bauen hin. Die IHK habe verdeutlicht, dass nachhaltiges Bauen nicht nur Energiesparen und CO₂-mindern zum Ziel habe, sondern Zertifizierungen umfassender darstellbar seien.

Stadtkämmerin Frau Klug informiert darüber, dass die Verwaltung derzeit auf zwei Ebenen diskutierte. Zum einen diskutiere man auf der prozesshaften Ebene, wie Klimaschutz zum Querschnittsthema gestaltet werden könne. Dies spiegle der Bericht wider. Und zum anderen diskutiere die Verwaltung auf der fachstrategischen Ebene, wie Klimaschutz in Bezug auf bestimmte konzeptionelle Vorstellungen durchgesetzt werde.

Sie wendet sich an Herrn Dr. Albach und verdeutlicht, dass beides mit völlig unterschiedlichen Indikatoren und Messsituationen aufgrund der unterschiedlichen Aggregation geschehe. Sie pflichtet ihm bei, dass Klimaschutz in all seinen Facetten eine enorme Bereicherung in dieser Stadt sei, auch unter dem Gesichtspunkt der Bewältigung von Finanzrisiken.

Frau Klug äußert abschließend den Wunsch, dass Klimaschutz als Querschnittsthema im Ausschuss Umwelt und Grün in Zukunft noch deutlicher zum Tragen komme.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker schließt sich der Aussage von Frau Klug an und betont, dass die Dinge, die zukünftig im Ausschuss Umwelt und Grün vorgelegt werden, immer auch unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz zu betrachten seien.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Stadtkämmerin Klug und Frau Dr. Möhlendick zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Pflege- und Entwicklungsplan (Überarbeitung) N1 (Rheinaue Langel - Merkenich) N4 (Rheinaue Worringen - Langel) 0712/2015

4.1.1 Pflege- und Entwicklungsplan N1N4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Schallehn vom 24.11.2015 0293/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Brust schlägt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor, wie die BV Chorweiler abzustimmen.

SB Herr Becker erklärt für die SPD-Fraktion, dass man ebenfalls wie die BV Chorweiler abstimmen wolle, jedoch mit der Einschränkung, dass das Fahren mit E-Bikes erlaubt wird und der Campingplatz keinen Bestandsschutz erhält.

- Zunächst stellt die stellvertretende Ausschussvorsitzende den ersten mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Herrn Becker, E-Bikes zuzulassen, zur Abstimmung:

Beschluss:

Das Radfahren auf den Wegen im Naturschutzgebiet soll **auch für E-Bikes** weiterhin **gestattet** sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

- Anschließend lässt sie über den zweiten mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Herrn Becker, keinen Bestandsschutz für den Campingplatz zuzulassen, abstimmen:

Beschluss:

Der Campingplatz genießt **keinen Bestandsschutz**. ~~Eine Erweiterung des Campingplatzes ist nicht zulässig.~~

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die SPD-Fraktion.

- Zuletzt stellt sie den **so geänderten Beschlusstext der BV Chorweiler** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Die Naturschutzgebiete Rheinaue von Worringen über Langel bis Merkenich stellen einen wichtigen Naturraum dar. Die Entwicklung von 1991 bis heute und darüber hinaus ist ein wichtiges Anliegen, auch der Bezirksvertretung Chorweiler, dennoch gibt es einige Punkte im Pflege- und Entwicklungsplan, die aus Sicht der Bezirksvertretung angepasst werden sollten. Der Naturraum wird durch Menschen genutzt und soll auch weiterhin durch Menschen genutzt werden können.

Die Bezirksvertretung regt an, im Bereich Besucherlenkung / Erholungsbetrieb zu prüfen, an welchem Ort eine Besucherplattform errichtet werden kann, die mit Erklärungen ausgestattet ist, um den Interessierten Einblicke und Überblicke über das Naturschutzgebiet zu ermöglichen. Die Besucherplattform soll auch als Instrument des außer schulischen Lernens genutzt werden können, um Kinder und Jugendliche an das Thema Naturschutz heranzuführen. Die Besucherplattform soll damit eine Schnittstellenfunktion übernehmen.

Des Weiteren ist zu prüfen, wo ortsnah (Worringen, Langel, Merkenich) Hundefreilaufwiesen außerhalb von Naturschutzgebieten im Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und eingerichtet werden können. Dabei sollte jeder Ort berücksichtigt werden.

Das Radfahren auf den Wegen im Naturschutzgebiet soll, auch für E-Bikes, weiterhin gestattet sein.

Des Weiteren empfiehlt die Bezirksvertretung das Hochstellen von Schifffahrtszeichen im gesamten Naturschutzgebiet, damit ein Freischneiden nicht mehr nötig ist. Das Hochstellen der Schifffahrtszeichen wird bereits nördlich von Köln praktiziert.

Die Wegeführung muss im gesamten Naturschutzgebiet erkenntlich sein und an den Zugängen mit Informationstafeln erläutert werden. Die Informationen müssen in einfacher Sprache verfasst sein, zudem sollen sie mit Piktogrammen und QR-Code versehen werden.

Die Zugänge zum Rhein bzw. zum Landschaftsschutzgebiet in der Höhe von Worringen müssen für die Bevölkerung erhalten bleiben. Es wäre wünschenswert hier die beiden Zuwege bis an den Rhein laufen zu lassen, damit hier auch die Möglichkeit erhalten bleibt den Fluss erleben zu können.

Aus Sicht der Bezirksvertretung muss sichergestellt sein, dass Rettungsfahrzeuge das Landschaftsschutzgebiet im Norden von N4 erreichen können. Dabei muss auch gewährleistet sein, dass schwere Löschfahrzeuge bis dort gelangen können. Dies muss in der Wegeplanung berücksichtigt werden.

Der Campingplatz genießt Bestandsschutz. Eine Erweiterung des Campingplatzes ist nicht zulässig.

Unter dem Punkt C 1.9 Ausschilderung, Informationskonzept sieht die Bezirksvertretung noch Erweiterungsbedarf. Es sollten Broschüren erstellt werden, die die gesamte Maßnahme den Bürgerinnen und Bürgern erläutern. Zusätzlich sollen in den angrenzenden Ortslagen Bürgerinformationsveranstaltungen durchgeführt werden, in denen die Maßnahmen von ihrer Entstehung über die Umsetzung bzw. Planung und Fortentwicklung erläutert werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.2 Politische Zusetzungen für den Fachbereich Umwelt und Grün hier: Mittelfreigaben 3876/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von insgesamt 265.000 € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Brunnenanlagen, Schmuckbeete und Baumscheiben (235.000 €) und Zeile 15 – Transferaufwendungen (30.000 €), Hj. 2015.

Er beschließt des Weiteren die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 180.000 € aus Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) bei Finanzstelle 6700-1301-0-0001 / Festwert Grün für Baumpflanzungen, Hj. 2015.

Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
0294/2016**

***Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.
Die Messeveranstaltung „Tag des Gartens“ im Rheinpark darf durchgeführt
werden.***

**4.3.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0828/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.

**4.4 Regionale 2010 - RegioGrün / Frechener Bach
1048/2015**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt den aktuellen Planungsstand zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Revitalisierung mit Gesamtkosten in Höhe von 1,747 Mio. €, Hj. 2016 / 2017.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

1. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 100.000 € und einer Verpflichtungsermächtigung 2017 in Höhe von 1.172.000 € im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) bei Finanzstelle 6700-1301-0-9740 / Regionale 2010 – RegioGrün (Teilprojekt Frechener Bach), Hj. 2016 / 2017. Die entsprechenden Ansätze sind in der Hpl.-Entwurfsplanung 2016 / 2017 vorgesehen. Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NW (Fortführung) sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Konzept Essbare Stadt Köln
0514/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.

**4.5.1 Konzept Essbare Stadt Köln
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0827/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sitzung am 07.06.2016.

4.6 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle 0019/2016

4.6.1 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle 0019/2016 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016 AN/0825/2016

SB Herr Becker begründet kurz den Änderungsantrag und verweist auf den Beschluss der BV Innenstadt, dem sich die SPD-Fraktion anschließe.

RM Herr Brust schlägt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor, wie die BV Innenstadt abzustimmen. Punkt 2 des Änderungsantrags, den Betrieb des Kiosks an die KGAB zu vergeben, sei eine Einschränkung und werde nicht befürwortet. Vielmehr sei eine Ausschreibung erforderlich, an der sich auch die KGAB beteiligen könne. Wenn der Kiosk in der Mitte des Rheinboulevards liege, sei die Toilette an der Urbanstraße vom Kiosk aus gut zu erreichen.

RM Frau Stahlhofen bemerkt, dass 2 Toiletten nicht ausreichen. Sie sei ferner der Meinung, dass die KGAB in keiner Weise tragbar sei. Diese mache in ihrem Bereich hervorragende Arbeit, aber in diesem Fall müsse ausgeschrieben werden. Bei dieser Ausschreibung sollte auch Tariftreue ein Aspekt sein, der zu beachten sei und dies treffe bei der KGAB nicht zu.

SB Herr Becker entgegnet, dass es sich um ein In-house-Geschäft handle und keine Ausschreibung erforderlich sei. Hinsichtlich des Erfordernisses von mehr Toiletten stimme er Frau Stahlhofen zu.

RM Frau Welcker könne sich namens der CDU-Fraktion dem Änderungsantrag nicht anschließen, sondern wolle ebenfalls wie die BV Innenstadt abstimmen. Zum einen müsse die Frage einer Verkaufsstelle nicht unbedingt mit einer Toilette verknüpft werden. Zum anderen wolle die CDU-Fraktion kein In-house-Geschäft, sondern eine offene, transparente Ausschreibung mit sehr klaren Kriterien, die sich auch auf die Reinigung der Treppe oder zumindest der Umgebung beziehen.

SB Herr Dr. Albach bittet um getrennte Abstimmung über die beiden Punkte des Änderungsantrags.

Herr Kaune weist darauf hin, dass je nach Beschluss in dieser Saison eine mobile Lösung möglich sei.

- Zunächst lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende über Punkt 1 des Änderungsantrags der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag in der Fassung des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt vom 21.04.2016 (vgl. Anlage 1) wird unter Ziff. 1. wie folgt ergänzt:

[...] Die Zuwegung zur Verkaufsstelle soll barrierefrei ausgestaltet sein und möglichst kurze Wege zum Rheinboulevard erlauben. Bei der Planung soll das Angebot einer weiteren öffentlichen Toilettenanlage berücksichtigt werden (vgl. Beschluss gemäß AN/0784/2015 im Rat vom 12.05.2015 zu TOP 10.9).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die SPD-Fraktion, die Fraktion Die Linke und die FDP-Fraktion.

- Anschließend stellt sie den 2. Punkt des Änderungsantrags der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Folgender Punkt wird hinter 1. neu eingefügt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Betrieb des Kiosk sowie die Reinigungs- und Beaufsichtigungsleistungen an die städtische Beschäftigungsgesellschaft KGAB vergeben werden kann. Die KGAB als Integrationsbetrieb hat sich bereits bei vergleichbaren Aufträgen und am Rheinboulevard bewährt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion Die Linke und FDP-Fraktion gegen die SPD-Fraktion.

- Zuletzt lässt sie über den **Beschlusstext der BV Innenstadt** abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung unter Bezugnahme auf den Beschluss 0321/2015 der Bezirksvertretung Innenstadt mit der Einrichtung einer festen und dauerhaften Verkaufsstelle (Kiosk), die von einem Integrationsbetrieb betrieben werden soll. Dazu führt sie unter Einbeziehung der Politik die hierfür mit den Anliegern (z.B. LVR) nötigen Gespräche und eruiert vor Ort mögliche Aufstellungsorte. Ziel ist es, dass die Verkaufsstelle zur Sommersaison 2017 den Betrieb aufnimmt.
2. Der Betrieb des Kiosks soll im Rahmen eines Gesamtkonzeptes unter Berücksichtigung von Reinigungs- und Beaufsichtigungsleistungen möglichst aus einer Hand erfolgen. Nur so kann ein sauberes Erscheinungsbild des Rheinboulevards durch die kontrollierende und ordnende Wirkung einer festen Verkaufsstelle dauerhaft gewährleistet werden.
Das Angebot des Kiosks soll qualitativ und auf die Bedürfnisse aller Besucherinnen und Besucher abgestimmt sein sowie auf müllvermeidende und nachhaltige Produkte setzen.
3. Bis zur Einrichtung einer festen und dauerhaften Verkaufsstelle beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Ausschreibung „Ausschank während der Sommermonate“ mit dem Ziel, einen Ausschankwagen, wie bereits im Sommer 2015, nördlich der Hohenzollernbrücke aufzustellen.
4. Rechtzeitig vor Beginn der Sommersaison 2017 berichtet die Verwaltung den zuständigen Gremien über den Sachstand.

Es wird zudem angeregt die Beratungsfolge der Verwaltungsvorlage um den Ausschuss AVR zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Umsetzung STEK Wohnen hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau 1028/2015

4.7.1 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040 0857/2016

Frau Martschink stellt anhand einer Präsentation die Bevölkerungsprognose in Köln vor. Diese sei Grundlage für eine Wohnraumbedarfsberechnung gewesen (Folie 1 bis 7).³

Frau Fohlmeister informiert anschließend über den Wohnungsbaubedarf und die damit verbundene Flächensuche. Sie erläutert, dass die Verwaltung in einem ersten Schritt die bereits bekannten Wohnbaupotentiale im Rahmen des Wohnungsbauprogramms 2015 erfasst habe und stellt weiteres Wohnbaupotential vor (Folie 8 bis 10).

Frau Fohlmeister betont, man habe den Grundsatz „Innenentwicklung gehe vor Außenentwicklung“ verfolgt und geht näher auf die Flächensuche ein (Folie 11). Von diesen insgesamt 76 Flächen, die mit Flächenpässen hinterlegt seien, seien 61 Flächen planbedürftig und 15 Flächen nicht planbedürftig. Sie informiert über die Eigentumsverhältnisse und merkt an, dass sich 16 Flächen in städtischem Eigentum befinden. 22 Flächen seien in städtischem Eigentum in Verbindung mit Privateigentum, 37 Flächen seien rein private Flächen und eine Fläche befinde sich im Eigentum des Landes. In der Summe käme man auf 50.000 Wohneinheiten, was eine Unterdeckung bedeute, zumal ein Teil der Flächen nicht realisiert werde.

Abschließend macht sie auf die vielfältigen Zielkonflikte aufmerksam, sei es hoher Nachfragedruck am Wohnungsmarkt, insbesondere, was bezahlbaren Wohnraum anbelange. Hinzu komme Sozialverträglichkeit, Mitentwicklung von Infrastruktur, die Beachtung von Umweltbelangen und Berücksichtigung von Naherholungsräumen und Grünflächen. Frau Fohlmeister unterstreicht, dass alle vorgestellten Flächen unter diesen Gesichtspunkten zu bewerten und zu diskutieren seien.

SB Herr Dr. Albach fragt, ob es vergleichbare Untersuchungen in Nachbargemeinden und -kreisen gebe, um eine großräumigere Abstimmung zu ermöglichen.

Frau Fohlmeister antwortet, dass die Verwaltung die Planung zunächst als internen Prozess gestaltet habe, man sei jedoch auf den unterschiedlichsten Ebenen mit den Nachbarn in Austauschprozessen.

RM Herr Götz stimmt Herrn Dr. Albach zu, dass man dieses Thema regionaler angehen müsse. Ab der 2. Jahreshälfte werde der Regionalplan fortgeschrieben. Dann sei es notwendig, dass die Stadt Köln gemeinsam mit dem Umland ein Konzept entwickle, wie die wachsende Bevölkerung mit Wohnraum versorgt werden könne.

Herr Götz richtet die Bitte an die Verwaltung, diesen Prozess der Regionalplanungsfortschreibung positiv zu begleiten und die umliegenden Städte und Kreise mit einzu beziehen.

Stadtkämmerin Frau Klug bestätigt die Aussage ihres Vorredners. Sie unterstreicht, dass alles andere unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen regionalen Entwicklung unvertretbar sei.

³ Die Folien 1 bis 12 sind dem öffentlichen Teil der Niederschrift beigefügt und stehen im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

<https://amtsinfo.sessionnet.verwaltung.stadtkoeln.de/getfile.asp?id=571038&type=do&>

Darüber hinaus engagiere sich Köln in einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt des Bundesforschungsministeriums, das sich mit der Frage der nachhaltigen Landnutzung und dort auch unter Gesichtspunkten der Daseinsvorsorge mit dem finanziellen Nutzen befasse.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker berichtet, dass sie im Vorfeld der Sitzung die Verwaltung darum gebeten habe, zu dieser Vorlage die Umweltaspekte darzustellen.

Herr Peschen ruft die Vorlage zur Lärmaktionsplanung in Erinnerung, die vom Ausschuss in die Bezirksvertretungen und in weitere Fachausschüsse verwiesen wurde. Mit dieser Vorlage verfüge die Verwaltung über eine sehr präzise Darstellung der Lärmsituation, die auch flächenbezogen darstellbar sei. Die Klimawandelstudie bzw. weitergehende Erkenntnisse im Hinblick auf das Stadtklima lieferten ebenfalls wichtige Informationen. Durch die aktuelle Debatte um den Luftreinhalteplan kenne man die Luft- und Schadstoffbelastungssituation in Köln sehr genau und als Ordnungsbehörde seien dem Umweltamt Störfall- und andere Betriebe gut bekannt.

Daher habe die Umweltverwaltung in der Beteiligung dezidierte Stellungnahmen abgegeben und nach Untersuchung von 100 Flächen etwa 60 % mit Hinweisen akzeptiert, die im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen seien.

Herr Peschen nennt beispielhaft Gründe, die für eine Ablehnung einer Fläche gesprochen haben, z. B. Flächen im Freiraum, die als Kaltluftentstehungsgebiete fungieren. Die Ablehnungsgründe könne man in den Einzelbetrachtungen der Flächen wiederfinden. Auch diese Kriterien werden noch im weiteren Planungsprozess innerhalb der Verwaltung diskutiert.

Nach einer intensiven Diskussion über die Kriterien und Hinweise aus den unterschiedlichen Fachbereichen und die kartografische Darstellung verschiedenster Belange wird die weitere Beratung im nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Die weitere Beratung zu Anlage 3 und die Beschlussfassung insgesamt (zurückgestellt in die nächste Sitzung am 07.06.2016) erfolgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

4.8 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgrabfeld auf Flur 50 des Kölner Südfriedhofs 0756/2016

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgrabfeld auf Flur 50 des Kölner Südfriedhofs.

Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes vertraglich mit der Genossenschaft die Details der Kooperation auf der Grundlage des zuletzt vom Ausschuss für Umwelt und Grün sowie vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) im September 2015 beschlossenen Muster-Kooperationsvertrages (Beschlussvorlage Nr. 2112/2015) zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.

4.9 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsfeld auf dem Friedhof Wahn 0785/2016

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Wahn.

Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes vertraglich mit der Genossenschaft die Details der Kooperation auf der Grundlage des zuletzt vom Ausschuss für Umwelt und Grün sowie vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) im September 2015 beschlossenen Muster-Kooperationsvertrages (Beschlussvorlage Nr. 2112/2015) zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.10 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm der Bezirke 2015; hier: Mittelfreigabe für den Bezirk Mülheim 0934/2016

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 50.000 EUR für die von der Bezirksvertretung Mülheim am 30.11.2015 im Rahmen des Stadtverschönerungsprogramms beschlossenen Maßnahmen gemäß Anlage. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2015, Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- u. Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Die Mittelbereitstellung ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung vorgesehen. Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW sind dadurch erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.11 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe 0894/2016

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen, bis der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales eine Beschlussempfehlung abgegeben hat.

4.12 Gestaltungsplanung für die Erweiterung des Kooperationsgrabfeldes auf dem Friedhof Mülheim 0866/2016

RM Frau Stahlhofen bemerkt, sie halte die Gestaltung der Kooperationsgrabfelder grundsätzlich als zu gleichförmig, Dadurch werde die Zwei-Klassen-Beerdigungsform noch stärker etabliert. Daher werde die Fraktion Die Linke diese Vorlage ablehnen.

RM Frau Welcker verweist auf die vor einigen Jahren festgestellte einhellige Meinung im Ausschuss, dass es unterschiedliche Angebote geben müsse, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Kölner Bevölkerung entsprechen.

Sie ist der Auffassung, dass die unterschiedlichen Grabfelder vielfältig gestaltet seien und dass auch eine gewisse Auswahl zur Verfügung stehe. Ebenso habe man die Wahl, sich woanders und wie auch immer bestatten zu lassen.

Herr Kaune erwidert an Frau Stahlhofen gerichtet, dass im Portfolio des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen die Bestattungsgärten mittlerweile eine bedeutende Rolle spielen und die Nachfrage steigend sei.

Er macht auf 88 % Bestattungen von Kölnern auf Kölner Friedhöfen im Jahr 2015 aufmerksam, dem höchsten prozentualen Anteil seit 13 Jahren und verweist auf die Pläne der Friedhofsgärtner, die sehr unterschiedlich seien. Wenn man sich die Preisliste für diese Bestattungsgärten anschau, so koste die Dauergrabpflege einer einfach gestalteten Grabstelle gerade mal 10 € pro Monat.

SE Frau Reiff weist die Kritik von Frau Stahlhofen entschieden zurück und spricht sich namens der Seniorenvertretung nachdrücklich für die Bestattungsgärten aus. Oft müssten ältere Menschen tief gebückt das Grab pflegen. Daher betrachte sie es als Glücksfall, dass jetzt in Esch ein Bestattungsgarten angelegt wurde. Es sei eine Freude, diese wunderschön gestalteten Hochbeete zu betrachten, die eine große Erleichterung für viele Senioren bedeuten.

RM Frau Stahlhofen zeigt Verständnis für die Argumente ihrer Vorrednerin. Sie denke jedoch, insbesondere durch die aktuelle Diskussion zur Altersarmut, auch an die sozial benachteiligten Menschen, die z. B. Grundsicherung im Alter erhielten. Solange diese Kosten nicht im Regelsatz vorgesehen seien, wolle sie sich für diese Menschen einsetzen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für die Erweiterung des Kooperationsgrabfeldes „Bestattungsgärten“ auf dem Friedhof Mülheim.

Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes vertraglich mit der Genossenschaft die Details der Kooperation auf der Grundlage des zuletzt vom Ausschuss für Umwelt und Grün sowie vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR) im September 2015 beschlossenen Muster-Kooperationsvertrages (Beschlussvorlage Nr. 2112/2015) zu vereinbaren.

Der Ausschuss verzichtet auf einen zweiten Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Kalk dem Beschlussvorschlag ohne Änderungen oder Ergänzungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke

**4.13 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweiler Straße in Köln Ossendorf
Hier: Bauleistungen zur Herstellung der Oberflächenabdichtung
0270/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung die weiteren Planungsschritte zur Ausführung, die Baubegleitung und den Bau des Oberflächenabdichtungssystems der ehemaligen Hausmülldeponie „Butzweiler Straße“ zu beauftragen.

Der Bedarf der vorstehenden Leistungen wird festgestellt.

Die Gesamtkosten für den Bau, incl. der weiteren Baunebenkosten, werden auf 12.165.547 € geschätzt.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.14 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen ge-
mäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt
Köln
0553/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Erhöhung der Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard um 1,115 Mio. € zur Kenntnis. Der entsprechende Ansatz ist in der Hpl.-Entwurfsplanung 2016/2017 vorgesehen; Hj. 2016.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.

**4.15 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat bei der Unte-
ren Landschaftsbehörde
0959/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolgerin für das stellvertretende Beiratsmitglied Herr Wieland auf Vorschlag des BUND.

Frau Sabine Hammer

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Hierzu liegt nichts vor.

7.2 Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch Ausgleichsflächen östlich der A3 0300/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

7.3 Analytik Kölner Weiher 2015 0462/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

7.4 Energiebericht 2015 0616/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

7.5 Information der Bezirksvertretungen über die Fällung städtischer Bäume im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen 0112/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

7.6 25 Jahre Landschaftsplan Köln 0926/2016

Auf die Frage von RM Herrn Götz antwortet Herr Dr. Bauer, dass ein Team aus dem Umwelt- und dem Grünflächenamt den Landschaftsplan überarbeite und dieser Ende 2016 den politischen Gremien vorgelegt werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung und die mündliche Information von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

**7.7 Energieberatung für die Museen
0618/2016**

SB Herr Becker begrüßt namens der SPD-Fraktion die Mitteilung. Er bitte darum, dass der angekündigte Energiebericht deutlich kürzer ausfalle als der unter TOP 7.4. Er fragt, ob die personellen Kapazitäten mit 2 Halbtagsstellen ausreichen. Herr Becker fordert ein einheitliches Energiemanagement innerhalb der Stadtverwaltung ein.

Stadtkämmerin Frau Klug stellt eine schriftliche Stellungnahme insbesondere mit Bezug auf den letzten Punkt in Aussicht.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung und die Ankündigung von Frau Klug zur Kenntnis.

**7.8 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See: Informationen zur Veranstaltungssaison 2016
1140/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

**7.9 ÖKOPROFIT Köln III: Ergebnisse der dritten Programmrunde und Auszeichnung
1255/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

**7.10 Externe Auditierung im Bereich der Lebensmittelüberwachung und Veterinärdienste
1284/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis und begrüßt das positive Ergebnis.

**7.11 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 31.03.2016
1281/2016**

Frau Brammen-Petry trägt kurz zur aktuellen Entwicklung vor. Man erhalte wöchentlich neue Analyseergebnisse und kontrolliere die Situation. Die Fahne habe sich in der Größe nicht wesentlich verändert, nehme aber in der Konzentration ab. Sie hatte in 09/2015 ein Ausmaß von 50.000 qm. In 01/2016 und in 03/2016 war sie 70.000 qm groß.

Parallel zur heutigen Ausschusssitzung finde eine große Bürgerversammlung in Godorf statt, die von Basell organisiert werde und an der auch das Gesundheitsamt und ein Kollege aus dem Umweltamt teilnehmen.

Auf die Frage von SB Herrn Becker, ob eine Gefahr für Menschen bestehe oder bestanden habe, verweist Frau Brammen-Petry auf eine Aktuelle Stunde in der BV Rodenkirchen. Dort habe Herr Dr. Wiesmüller vom Gesundheitsamt diese Frage mit „Nein“ beantwortet. Trinkwasser sei nicht betroffen, aber man habe die Situation im Blick.

SE Herr Schallehn stellt ein paar Nachfragen

1. Wurde inzwischen ein Bußgeld verhängt?
Wenn nein, warum nicht?
2. Wie hoch könne das Bußgeld theoretisch sein?
3. Wann ist die Sanierung lt. Prognose der Verwaltung abgeschlossen?
4. Wie ist der Zeitfahrplan für die Sanierung festgelegt worden?
Wurde er von der Verwaltung vorgegeben?
5. Liegen schon Hinweise vor, ob für die Grundstücke, die über der Fahne liegen, Wertverluste für die Privatleute bestehen?

Frau Brammen-Petry antwortet zu den einzelnen Fragen

1. Die Stadt Köln könne kein Bußgeld verhängen, weil eine Bodenverunreinigung keinen Bußgeld-Tatbestand im Bundesbodenschutzgesetz vorsehe.
U. U. handle es sich um einen strafrechtlich relevanten Vorgang.
Dies werde von der Staatsanwaltschaft derzeit geprüft, da gegen die Basell und einige Behörden, nicht gegen die Stadt Köln, Strafanzeige erstattet worden sei.
Mehr könne sie nicht dazu sagen, da es sich um ein laufendes Verfahren handle.
3. Zur Dauer der Sanierung könne sie nichts sagen. Lt. Aussage der Fa. Basell in der Aktuellen Stunde der BV Rodenkirchen werde dies vermutlich mindestens noch 10 Jahre dauern.
4. Eine Vorgabe von Seiten der Behörde sei schwierig und auch nicht üblich bei der Sanierung von Grundwasserschäden. Man könne höchstens einzelne Schritte vorgeben.
5. Hinsichtlich des Grundwertes habe die Fa. Basell den Bürgerinnen und Bürgern angeboten, sich bei Basell zu melden. Dies sei lt. ihrer Kenntnis bisher noch nicht geschehen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Informationen von Frau Brammen-Petry zur Kenntnis.

7.12 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs, hier: Sachstand und weiteres Vorgehen 1354/2016

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker betont, dass heute nur über die Sicherung der Halde diskutiert werde. Die Mitteilung besage, dass Gefahr im Verzug bestand und insofern ein Handeln der Verwaltung auch ohne formalen Beschluss der Politik möglich sei. Sie habe Herrn Kahlen gebeten, im Ausschuss persönlich zum Thema vorzutragen bzw. falls Fragen bestehen, diese zu beantworten.

SB Herr Dr. Albach dankt Frau Brammen-Petry für die Grundwasseranalysen. Man sehe sehr deutlich, dass die Abdichtung fehle. Daher möchte er wissen, wie lange es dauere, den Berg wieder abzudichten. Er merkt kritisch an, dass der Gutachter, der die Grundwasseruntersuchungen durchführt, nicht an den Grundwasserbrunnen gelangen konnte, weil die Kleingärtner den Zugang zur Kleingartensiedlung abgeschlossen hätten, obwohl laut Kleingartengesetz Kleingartensiedlungen zugänglich sein müssten. Er bittet Herrn Kaune, dies an die zuständige Stelle weiterzugeben.

RM Frau Stahlhofen bemerkt, dass die Daten in der Mitteilung bereits vor dem 18.03.2016, dem Tag der Sondersitzung, liegen. Sie wendet sich an Herrn Stadtdirektor Kahlen und kritisiert scharf, dass durch die vorgenommenen Rodungsmaßnahmen erst Gefahr im Verzug hergestellt worden sei. Tatsächlich seien nur Maßnahmen umgesetzt worden, die laut Beschluss vom 18.03.2016 nicht durchgeführt werden sollten.

Sie bemängelt, dass das vor 6 Wochen in der Sondersitzung von Herrn Kahlen angekündigte, unmittelbar bevorstehende Gutachten laut jetziger Mitteilung frühestens im Juni vorgelegt werde. Auch sei es unzulänglich, von einer nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung zu sprechen, da die Feuerwehr immer noch Bauherrin sei.

Daher bitte sie um umfassende Aufklärung.

Herr Stadtdirektor Kahlen räumt ein, dass der ursprüngliche Zeitplan verändert worden sei und das Schlussgutachten noch nicht vorliege. Er weist darauf hin, dass der Gutachter bereits beim 3. Zwischenbericht deutlich gemacht habe, dass sich an den zentralen Botschaften, also der Kritik am Zustand der Böschung, nichts geändert habe und eine sofortige Aufnahme der Planungsarbeiten zur Stabilisierung der Halde unbedingt erforderlich sei.

Herr Kahlen betont, dass, auch wenn das Schlussgutachten noch nicht vorliege, klar sei, dass an der bisher dargestellten Tendenz und den unmittelbaren Handlungs-
zwängen kein Weg vorbeiführe.

Zur Nutzungsunabhängigkeit erklärt er, dass – auch lt. Aussage von Herrn Behr in der Sondersitzung am 18.03.2016 und in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 26.04.2016 – Gewichtsverhältnisse vorliegen, bei denen die vorhandene Hangar-
bauung keine Rolle für die Frage der Stabilisierung der Halde und Erreichbarkeit der Statik spiele. Herr Kahlen unterstreicht, dass die Stabilisierung, völlig unabhängig davon, was in Zukunft auf dieser Halde passiere – ob das Gebäude abgetragen werde, ob sich dort Menschen aufhielten, z. B. auf einer Grünfläche oder einem Aussichtspunkt oder ob dort nichts geschehe – absolut notwendig sei.

Hinsichtlich des weiteren Vorgehens erläutert Herr Kahlen, dass er unmittelbar nach der Sondersitzung am 18.03.2016 die Entscheidung getroffen habe, den Planungsauftrag zu erteilen. Da auch die Wirkung von Einzelmaßnahmen untersucht und dargestellt werden soll, habe er den Planungsauftrag bis einschließlich Leistungsphase 3 (Planungsentwurf) erteilt, was aussagefähiger sei. Die Informationen hierüber erhalte der Ausschuss zusammen mit den Ergebnissen der Planung. Dort seien dann auch die Umweltaspekte mit einbezogen. Herr Kahlen verweist in dem Zusammenhang auf Punkt 2.1 der Mitteilung.

Herr Kahlen geht auf die Situation der Böschungen ein, die nicht an jeder Stelle identisch sei. Daher müssen hinsichtlich der Risiken unterschiedliche Methoden der Stabilisierung erarbeitet werden. Aufgrund dieser Komplexität könne er zurzeit keine verbindliche Prognose abgeben, wann mit dem Schlussgutachten zu rechnen sei.

Auf die Frage von RM Frau Frebel was mit den Planungen einer Zisterne für Kerosin und Wasser geschehen sei, informiert Herr Kahlen darüber, dass man aus Gründen der Sicherheit eine Planungsänderung vorgenommen habe.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker stellt die kritische Frage, warum der Ausschuss Umwelt und Grün vor der Sondersitzung am 18.03.2016 nicht über die gesamte Problematik informiert wurde. Zudem hätte die Verwaltung bereits am 02.03.2016 nach Erhalt des Zwischengutachtens handeln können und nicht erst eine Sondersitzung einberufen müssen.

Sie bittet in Zukunft um kurzfristige und intensive Berichterstattung, die mit dem Umweltamt eng abgestimmt wird, so dass der Ausschuss Umwelt und Grün immer auf dem aktuellen Sachstand ist.

Herr Kahlen sagt dies zu und versichert, den Ausschuss Umwelt und Grün in den zukünftigen Entscheidungsprozess einzubinden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kahlen zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen, Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust 0818/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.2 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei einem „nuklearen Katastrophenfall“ (INES-Stufe 7); Anfrage der Fraktion die Linke vom 01.10.2015, Beantwortung der Nachfrage von RM Frau Akbayir 0811/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Frau Stahlhofen in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 23.02.2016 zur Anfrage "Vereinbarkeit von Naturschutz und Teilhabe der Bevölkerung in der Flittarder Rheinaue" 1149/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.4 Ergänzungen zur Stellungnahme der Verwaltung zu 4078/2015 Mündliche Nachfrage von Herrn Becker zu "Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln" 1295/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.5 Erdkröten am Kalscheurer Weiher / Zollstocker Weg 1313/2016

SE Herr Schallehn dankt für die Beantwortung. Er berichtet, dass in der Zwischenzeit wieder 217 Kröten überfahren worden seien. Er hoffe, dass man in der nächsten Saison eine Lösung finde, insbesondere weil alle Beteiligten inklusive der Kleingärtner

und des Vereins Kalscheurer Weiher sich für die Sperrung der Straße, unter der Bedingung einer alternativen Zuwegung, ausgesprochen haben. Herr Schallehn würde in dem Zusammenhang einen gemeinsamen Ortstermin aller Beteiligten begrüßen.

Herr Distelrath befürwortet diesen Vorschlag. Man werde versuchen, einen möglichst zeitnahen Termin zu finden.

RM Frau Welcker äußert ihr Unverständnis, da sich für die CDU-Fraktion die Frage der Kosten einer anderen Zuwegung stelle. Sie fragt, ob nicht auch ein mobiler Zaun für 3 Wochen in diesem Fall eine viel sinnvollere, kostengünstigere und landschaftsschonendere Lösung sei und bittet, dies zunächst zu prüfen.

Herr Distelrath antwortet, dass die Kleingärtner mit einer temporären Sperrung nicht so glücklich seien, weil dies den normalen Betrieb doch zu sehr gestört habe. Eine dauerhafte Sperrung käme ihnen mehr entgegen, da dann eine alternative Zuwegung gefunden werde.

RM Frau Welcker dankt Herrn Distelrath für die Erklärung, bittet aber nochmal zu prüfen, in welcher Relation, auch hinsichtlich der Kosten, eine alternative Zuwegung zum Bau eines Krötentunnels stehe.

SB Herr Becker spricht sich namens der SPD-Fraktion für den Bau einer alternativen Zuwegung aus.

SE Herr Schallehn wendet sich an Frau Welcker und erwidert, dass Lösungen mit Zäunen zunächst preiswerter seien. Dies funktioniere etwa ein bis zwei Jahre, da auch ehrenamtliche Freiwillige gefunden werden müssen, die die Kröten in Eimern über die Straße tragen. Sollte diese Arbeit von Mitarbeitern der Verwaltung erledigt werden, würde die Angelegenheit sich erheblich verteuern.

Eine alternative Zuwegung wäre die günstigere Lösung, zumal lediglich 10 m der Straße geteert werden müssten.

Herr Schallehn bekräftigt daher noch mal seinen Vorschlag, einen Ortstermin zu vereinbaren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Informationen von Herrn Distelrath und die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Erinnerung an die Anfrage der CDU-Fraktion betr. Erhalt der Artenvielfalt in Köln Mündliche Anfrage von RM Herrn Götz

RM Herr Götz erinnert an die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zur Artenvielfalt in Köln.

Herr Peschen informiert darüber, dass die fertige Stellungnahme sich derzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde.

9.2 Belvedere
Mündliche Anfrage von RM Frau Welcker

RM Frau Welcker richtet ihre Anfrage an die städtische Gebäudewirtschaft und möchte wissen, ob am Bahnhof Belvedere die Platane gefällt werden müsse, um einen Erhalt des Baudenkmals zu ermöglichen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

gez. Katharina Welcker
(1. stellvertretende Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)